

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 28. Oktober 1993
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Slowenien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

A. Zielsetzung

Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und Schutz gegenseitiger Kapitalanlagen.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Direktinvestitionen, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Enteignungsschutz und Entschädigungspflicht sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Es entsteht kein Vollzugsaufwand.

Fristablauf: 25. 04. 97

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft und für soziale Sicherungssysteme entstehen nicht.

14. 03. 97

Wi

**Gesetzentwurf
der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 28. Oktober 1993
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Slowenien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (412) – 651 09 – Ka 89/97

Bonn, den 14. März 1997

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 28. Oktober 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

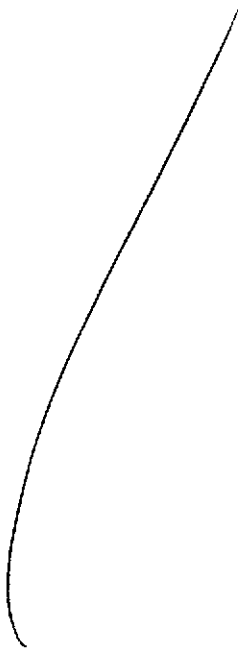
mit Begründung und Vorblatt.

Die Vorlage ist vom Bundesministerium für Wirtschaft und vom Auswärtigen Amt gemeinsam erstellt worden.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 25. 04. 97

176/57



-4

Entwurf
Gesetz
zu dem Vertrag vom 28. Oktober 1993
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Slowenien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Laibach am 28. Oktober 1993 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, dem dazugehörigen Protokoll sowie dem Notenwechsel vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2, das Protokoll und der Notenwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2, das Protokoll und der Notenwechsel in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Kosten bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere bei mittelständischen Unternehmen entstehen durch die Ausführung des Gesetzes nicht, da es ausschließlich einen erweiterten völkerrechtlichen Rechtsschutz für Investitionen in Slowenien schafft.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Slowenien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Pogodba
med Zvezno republiko Nemčijo
in Republiko Slovenijo
o spodbujanju in vzajemni zaščiti investicij

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Slowenien –

Zvezna republika Nemčija
in
Republika Slovenija sta

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“, Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufschungs- und Gewinnkonzessionen;eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage anfallen, wie zum Beispiel Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

z željo, da bi poglobili gospodarsko sodelovanje med obema državama

v prizadevanju, da bi ustvarili ugodne pogoje za investicije državljanov ali družb ene države na ozemlju druge,

s spoznanjem, da je spodbujanje in pogodbeno varstvo teh investicij primeren način za poživitev privatne gospodarske iniciative in večjo blaginjo obeh narodov

sklenili naslednje:

Člen 1

Za namene te pogodbe

1. pojem „investicije“ zajema premoženjske vrednosti vseh vrst, posebno pa
 - a) lastnino premoženja in nepremičnin kot tudi druge stvarne pravice, kot so hipoteke in zastavne pravice;
 - b) deležne pravice pri družbah in druge vrste udeležbe pri družbah;
 - c) zahtevki ali pravice do denarja, ki je bil uporabljen za ustvarjanje gospodarske vrednosti ali pravice do storitev, ki imajo gospodarsko vrednost;
 - d) pravice do intelektualne lastnine, kot so posebno avtorske pravice, patente, registrirane vzorce in modele, znamke, tržna imena, obratne in poslovne skrivnosti, tehnične postopke, know-how in goodwill;
 - e) javnopravne koncesije, vključno s koncesijami za raziskovanje in pridobivanje naravnih bogastev;Sprememba oblike, v kateri se investirajo premoženjske vrednosti, ne spreminja njihovih lastnosti kot investicij;
2. pojem „prihodki“ pomeni tiste vsote, ki dotekajo od investicij, kot so npr. deleži od dobička, dividende, obresti, licenčnine ali druga nadomestila;

3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
- b) in bezug auf die Republik Slowenien:
natürliche Personen, die im Besitz der Staatsangehörigkeit der Republik Slowenien sind und diese nach den geltenden Rechtsvorschriften der Republik Slowenien erworben haben;

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“ jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der jeweiligen Vertragspartei hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und

3. pojem „državljeni“ pomeni

- a) glede Zvezne republike Nemčije:
Nemce v smislu Temelnjega zakona za Zvezno republiko Nemčijo
- b) glede Republike Slovenije
fizične osebe, ki imajo državljanstvo Republike Slovenije pridobljeno v skladu z veljavnimi pravnimi predpisi v Republiki Sloveniji

4. pojem „družbe“ pomeni vsako pravno osebo kot tudi trgovsko družbo ali drugo družbo ali združenje z ali brez pravne osebnosti s sedežem na ozemlju ene ali druge pogodbene stranke, ne glede na to, ali je njena dejavnost dobičkonosna ali ne.

Člen 2

(1) Vsaka pogodbeni stranka bo na svojem ozemlju po svojih zmožnostih spodbujala investicije državljanov ali družb druge pogodbene stranke in bo te investicije odobrila v skladu s svojimi pravnimi predpisi. Na vsak način bo investicije obravnavala nepristransko in pravično.

(2) Nobena pogodbeni stranka ne bo na nikakršen način z neupravičenimi ali diskriminirajočimi ukrepi vplivala na upravljanje, uporabo, uživanje ali izkoriščanje investicij državljanov ali družb druge pogodbene stranke na svojem ozemlju.

Člen 3

(1) Nobena pogodbeni stranka ne obravnava investicij na svojem ozemlju, ki so v lasti ali pod vplivom državljanov ali družb druge pogodbene stranke, manj ugodno kot investicije lastnih državljanov in družb ali investicije državljanov ali družb tretjih držav.

(2) Nobena pogodbeni stranka ne obravnava državljanov ali družb druge pogodbene stranke v zvezi z njihovim udejstvovanjem pri investicijah na svojem ozemlju manj ugodno, kot obravnava svoje lastne državljane in družbe ali državljane in družbe tretjih držav.

(3) Ta obravnava se ne nanaša na prednostne pravice, ki jih pogodbeni stranka podeljuje državljanom ali družbam tretjih držav zaradi članstva v carinski ali gospodarski uniji, skupnem trgu ali področju svobodne trgovine ali zaradi njene povezave s temi.

(4) V tem členu zagotovljena obravnava se ne nanaša na prednosti, ki jih pogodbeni stranka podeljuje državljanom in družbam tretjih držav na osnovi sporazumov o dvojni obdavčitvi ali drugih dogovorov o davčnih vprašanjih.

Člen 4

(1) Investicije državljanov ali družb pogodbene stranke uživajo na ozemlju druge pogodbene stranke polno zaščito in polno varnost.

(2) Investicije državljanov ali družb pogodbene stranke je dopustno na ozemlju druge pogodbene stranke zgolj v splošno dobro in proti odškodnini razlastiti, nacionalizirati ali podvreči drugim ukrepom, ki po svojih posledicah ustrezajo razlastitvi ali nacionalizaciji. Odškodnina mora ustrezati vrednosti razlašene investicije neposredno pred tem, ko je bila javno objavljena dejanska ali preteča razlastitev, nacionalizacija ali primerljiv ukrep. Odškodnino je treba plačati nemudoma in se do izplačila obrestuje po običajni bančni obrestni meri; odškodnina mora biti dejansko znovčljiva in prosto prenosna. Najpoznejše ob razlastitvi, nacionalizaciji ali primerljivem ukrepu je treba poskrbeti za določitev višine in načina izplačila odškodnine. Omogočeno mora biti, da se zako-

frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten werden die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nicht weniger günstig behandelt als Staatsangehörige oder Gesellschaften dritter Staaten.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Tilgung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung

mitotest razlastitve, nacionalizacije ali primerljivega ukrepa in višina odškodnine preveri v rednem pravnem postopku.

(3) Državljanov ali družb pogodbene stranke, ki utrpijo izgubo na investicijah zaradi vojne ali drugih oboroženih spopadov, revolucije, izrednega stanja ali upora na ozemlju druge pogodbene stranke, ta pogodbeni stranka ne obravnava glede povračil, odpravnin, odškodnin ali drugih nadomestil nič manj ugodno kot svoje lastne državljane ali družbe. Tovrstna plačila morajo biti prosto prenosna.

(4) Glede v tem členu dogovorjenih zadev niso državljani ali družbe ene pogodbene stranke na ozemlju druge pogodbene stranke nič slabše obravnavani kot državljani ali družbe tretjih držav.

Člen 5

Vsaka od pogodbenih strank zagotavlja državljanom ali družbam druge pogodbene stranke prost transfer z investicijo povezanih plačil, posebno še:

- a) kapitala in dodatnih zneskov za ohranitev in širitev investicije;
- b) prihodkov;
- c) za poplačilo posojil;
- d) izkupička v primeru popolne ali delne likvidacije ali odsvojitve investicije;
- e) v členu 4 predvidenih odškodnin.

Člen 6

Če ena pogodbeni stranka izvede plačila svojim državljanom ali družbam na osnovi garancije za investicijo na ozemlju druge pogodbene stranke, potem ta druga pogodbeni stranka brez škode za pravice prvo imenovane pogodbene stranke iz člena 10 prizna prenos vseh pravic ali zahtevkov teh državljanov ali družb po zakonu ali na osnovi pravnega posla na prvo imenovano pogodbeno stranko. Nadalje druga pogodbeni stranka priznava vstop prvoimenovane pogodbene stranke v vse te pravice ali zahtevke (preneseni zahtevki), do katerih je prvo imenovana pogodbeni stranka upravičena v enaki meri kot njen pravni prednik. Za transfer plačil na osnovi prenesenih zahtevkov ustrezno veljata 4. člen, odstavek 2 in 3 in 5. člen.

Člen 7

(1) Prenosi po 4. členu, odst. 2 in 3, po 5. ali 6. členu se izvedejo nemudoma po vsakokrat veljavnem tečaju.

(2) Ta tečaj mora ustrezati navzkrižnemu tačaju (cross rate), ki izhaja iz tistih tečajev za preračunavanje, ki bi jih ob plačilu za preračunavanje zadevnih valut v specialne pravice črpanja določil za osnovo Mednarodni denarni sklad.

Člen 8

(1) Če iz pravnih predpisov ene od pogodbenih strank ali iz mednarodnopravnih obveznosti, ki med pogodbenima strankama obstajajo poleg te pogodbe ali bodo osnovane v prihodnosti, izhaja splošna ali posebna določba, na podlagi katere imajo investicije državljanov ali družb druge pogodbene stranke ugodnejše obravnavanje kot je določeno v tej pogodbi, potem ima ta

als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für bestehende Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen den Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehöri-

doloßba v toliko prednost pred to pogodbo, kolikor je ugodnejša.

(2) Vsaka pogodbeni stranka se bo držala vsake druge obveznosti, ki jo je prevzela glede investicij državljanov ali družb druge pogodbeni stranke na svojem ozemlju.

Člen 9

Ta pogodba velja tudi za že obstoječe investicije, ki so jih državljani ali družbe ene pogodbeni stranke v soglasju s pravnimi predpisi druge pogodbeni stranke uresničili na njenem ozemlju že pred uveljavitvijo te pogodbe.

Člen 10

(1) Nesoglasja med pogodbenima strankama o razlagi ali uporabi te pogodbe naj, v kolikor je to mogoče, rešujeta vladi obeh pogodbenih strank.

(2) Če nesoglasja na ta način ni mogoče rešiti, ga je potrebno na zahtevo ene od pogodbenih strank predložiti arbitražnemu razsodišču.

(3) Razsodišče se ustanovi od primera do primera tako, da vsaka pogodbeni stranka imenuje enega člana in oba člana izbereta državljana tretje države kot predsednika, ki ga imenujeta vladi obeh pogodbenih strank. Člana je potrebno imenovati v roku dveh mesecev, predsednika v roku treh mesecev, potem ko je ena pogodbeni stranka sporočila drugi, da želi nesoglasje predložiti arbitražnemu razsodišču.

(4) Ob neupoštevanju rokov določenih v odst. 3 lahko vsaka od pogodbenih strank, če med njima ni drugačnega dogovora, prosi predsednika Mednarodnega sodišča, da opravi potrebna imenovanja. Če je predsednik državljan ene od pogodbenih strank ali je kako drugače oviran, potem naj imenovanja opravi podpredsednik. Če je tudi podpredsednik državljan ene od pogodbenih strank ali je tudi on oviran, naj imenovanja opravi po rangi naslednji član Mednarodnega sodišča, ki ni državljan nobene od pogodbenih strank.

(5) Arbitražno razsodišče odločba z večino glasov. Njegove odločitve so obvezujoče. Vsaka pogodbeni stranka krije stroške svojega člana kot tudi svojega zastopstva pri postopku pred arbitražnim razsodiščem; stroške predsednika ter druge stroške krijeta obe pogodbeni stranki v enakih deležih. Arbitražno razsodišče lahko določi drugačno delitev stroškov. Sicer arbitražno sodišče samo določi svoj postopek.

(6) Če sta obe pogodbeni stranki tudi pogodbenici sporazuma z dne 18. 3. 1965 o reševanju investicijskih sporov med državami in državljani drugih držav, se upošteva določbo iz 27. člena, odst. 1 sporazuma ni mogoče obrniti na zgoraj predvideno arbitražno razsodišče, če je med državljani ali družbo ene od pogodbenih strank in drugo pogodbeno stranko sklenjen dogovor po 25. členu sporazuma. Možnost, da se v primeru neupoštevanja odločitve arbitražnega razsodišča iz imenovanega sporazuma (člen 27) ali v primeru prenosa po zakonu ali na osnovi pravnega posla po 6. členu te pogodbe obrne na zgoraj predvideno arbitražno razsodišče, ostaja nespremenjena.

Člen 11

(1) Nesoglasja glede investicij med eno od pogodbenih strank in državljanom ali družbo druge pogodbeni stranke naj se, če je le

gen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Laibach am 28. Oktober 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und slowenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

mogoče, sporazumno rešujejo med sprtima stranema.

(2) Če nesoglasja ni mogoče sporazumno rešiti v roku šestih mesecev od uveljavitve s strani ene od pogodbenih strank, se na zahtevo državljana ali družbe druge pogodbene stranke sproži arbitražni postopek. Če se stranki v sporu ne dogovorita drugače, se nesoglasje rešuje v arbitražnem postopku v okviru sporazuma z dne 18. 3. 1965 o reševanju investicijskih sporov med državami in državljani drugih držav.

(3) Odločitev arbitražnega razsodišča je obvezujoča in ne podleže nobenim drugim pravnim sredstvom kot predvidenim v omenjenem sporazumu. Odločitev se izvrši po državnem pravu.

(4) V sporu udeležena pogodbeni stranka med arbitražnim postopkom ali med izvršitvijo odločitve arbitražnega razsodišča ne bo uveljavila zadržka, da je državljan ali družba druge pogodbene stranke prejela odškodnino za del škode ali za celotno škodo od zavarovalnice.

Člen 12

Ta pogodba velja ne glede na to ali med pogodbenima strankama obstajajo diplomatski ali konzularni odnosi.

Člen 13

(1) To pogodbo je potrebno ratificirati; listini o ratifikaciji bosta izmenjana, kakor hitro bo to mogoče, v Bonnu.

(2) Ta pogodba začne veljati en mesec po izmenjavi listin o ratifikaciji. Pogodba velja deset let; po preteku desetih let se veljavnost pogodbe podaljša za neomejen čas, če je nobena od pogodbenih strank prej ne odpove s pisnim obvestilom najmanj 12 mesecev pred iztekom. Po preteku desetih let je mogoče pogodbo kadarkoli v odpovednem roku 12 mesecev odpovedati.

(3) Za investicije izvedene do prenehanja veljave te pogodbe veljajo členi 1 do 12 te pogodbe še nadaljnjih petnajst let od dneva prenehanja veljave pogodbe.

Sklenjeno v Ljubljani, dne 28. oktobra 1993 v dveh originalih, vsak v nemškem in slovenskem jeziku, pri čemer sta besedili v enaki meri obvezujoči.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Zvezno republiko Nemečijo

Dr. G. Seibert
v. Würzen

Für die Republik Slowenien
Za Republiko Slovenijo
V. Ravbar

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

Protokol

Pri podpisu pogodbe med Zvezno republiko Nemčijo in Republiko Slovenijo o spodbujanju in vzajemni zaščiti investicij sta se pooblaščenca podpisnika poleg tega dogovorila o naslednjih določilih, ki veljajo kot del pogodbe:

(1) K členu 1

- a) prihodki od investicije in v primeru ponovne vloge kapitala tudi prihodki le-tega uživajo enako zaščito kot investicija sama.
- b) brez škode za nadaljnje postopke za ugotovitev državljanstva velja kot državljan ene pogodbenne stranke tista oseba, ki poseduje od pristojnih organov zadevne pogodbenne stranke izstavljen potni list.

(2) K členu 2

- a) investicije, ki jih v skladu s pravnimi predpisi ene od pogodbenih strank na njenem ozemlju izvajajo državljani ali družbe druge pogodbenne stranke, uživajo polno zaščito te pogodbe.
- b) ta pogodba velja tudi na področjih izključne gospodarske cone in epikontinentalnega pasu, v kolikor mednarodno pravo vsaki od pogodbenih strank dovoljuje izvajanje suverenih pravic ali jurisdikcijo na teh področjih.

(3) K členu 3

- a) kot „udejstvovanje“ v smislu 3. člena, odst. 2 se pojmuje zlasti, a ne zgolj upravljanje, uporaba, uživanje in izkoriščanje investicije. Kot „manj ugodno“ obravnavanje v smislu 3. člena se pojmuje zlasti: različno obravnavanje v primeru omejitev pri nabavi surovin in pripomočkov, energije, goriv ter produkcijskih in obratnih sredstev vseh vrst, različno obravnavanje v primeru oviranja prometa proizvodov v državi in zunaj nje ter druge ukrepe s podobnimi učinki. Ukrepi, ki jih je potrebno sprejeti zaradi javne varnosti in reda, javnega zdravja ali morale, ne veljajo za „manj ugodno“ obravnavanje v smislu 3. člena.
- b) določila 3. člena ne obvezujejo pogodbenne stranke, da bi razširila davčne ugodnosti, oprostitve in olajšave, ki v skladu z davčnimi zakoni pripadajo samo fizičnim osebam in družbam s stalnim prebivališčem ali sedežem na njenem ozemlju, na fizične osebe in družbe s stalnim prebivališčem ali sedežem na ozemlju druge pogodbenne stranke.
- c) pogodbeni stranki bosta v okviru svojih državnih pravnih predpisov dobrohotno obravnavali prošnje za vstop in bivanje oseb ene od pogodbenih strank, ki želijo pripotovati na ozemlje druge pogodbenne stranke zaradi investicije; enako velja za delojemalce ene od pogodbenih strank, ki želijo zaradi investicije pripotovati na ozemlje druge pogodbenne stranke in se tam zadrževati, da bi izvajali dejavnosti kot delojemalci. Tudi prošnje za dovoljenja za delo bodo obravnavane dobrohotno.

(4) Zu Artikel 4

Staatsangehörige oder Gesellschaften haben auch Anspruch auf Entschädigung, wenn durch Maßnahmen im Sinne von Artikel 4 Absatz 2 in das Unternehmen, an dem sie beteiligt sind, eingegriffen und dadurch ihre Kapitalanlage beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

(7) Mit dem Tage des Inkrafttretens des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen tritt der Vertrag vom 10. Juli 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den gegenseitigen Schutz und die Förderung von Kapitalanlagen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien außer Kraft.

Geschehen zu Laibach am 28. Oktober 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und slowenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(4) K členu 4

Državljeni ali družbe imajo prav tako pravico do odškodnine, če je bilo podjetje, v katerem so udeleženi, prizadeto z ukrepi v smislu člena 4, odst. 2 in je bila na ta način njihova investicija oškodovana.

(5) K členu 7

Kot „nemudoma“ izpeljan v smislu 7. člena, odst. 1 velja prenos, ki sledi v roku, ki je navadno potreben za opravljanje formalosti pri prenosih. Rok prične teči z vročitvijo ustrezne prošnje in pod nobenim pogojem ne sme prekoračiti dveh mesecev.

(6) Pri prevozi tovora in oseb v zvezi z investicijo pogodbeni stranka ne bo niti izključila niti ovirala transportnega podjetja druge pogodbeni stranke in bo po potrebi izdala dovoljenja za izvajanje transportov.

(7) Z dnem, ko začne veljati pogodba med Zvezno republiko Nemčijo in Republiko Slovenijo o spodbujanju in vzajemni zaščiti investicij, preneha veljati Sporazum med Zvezno republiko Nemčijo in Socialistično federativno republiko Jugoslavijo o vzajemnem varstvu in spodbujanju vlaganj z dne 10. 7. 1989, v odnosu Zvezne republike Nemčije do Republike Slovenije.

V Ljubljani, dne 28. oktobra 1993 v dveh originalih, vsak v nemškem in slovenskem jeziku, pri čemer sta besedili v enaki meri obvezujoči.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Zvezno republiko Nemčijo
Dr. G. Seibert
v. Würzen

Für die Republik Slowenien
Za Republiko Slovenijo
V. Ravbar

Republik Slowenien
Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten
Minister

Laibach, 28. Oktober 1993

Exzellenz,

aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Republik Slowenien wird den oben genannten Vertrag nicht auf solche Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der Bundesrepublik Deutschland im Hoheitsgebiet der Republik Slowenien anwenden, die bei Inkrafttreten des Vertrags nicht mehr bestehen und über deren Abwicklung bereits eine endgültige Regelung getroffen wurde.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Seiner Exzellenz
dem Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Dr. Günther Seibert

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Laibach, 28. Oktober 1993

Exzellenz,

ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note mit folgendem Inhalt zu bestätigen:

„Aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Republik Slowenien wird den oben genannten Vertrag nicht auf solche Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der Bundesrepublik Deutschland im Hoheitsgebiet der Republik Slowenien anwenden, die bei Inkrafttreten des Vertrags nicht mehr bestehen und über deren Abwicklung bereits eine endgültige Regelung getroffen wurde.“

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Seiner Exzellenz
dem Außenminister
der Republik Slowenien
Herrn Lojze Peterle
61000 Ljubljana

Republika Slovenija
Ministrstvo za zunanje zadeve
Minister

Ljubljana, 28. oktober 1993

Ekselenca,

ob podpisu Pogodbe med Republiko Slovenijo in Zvezno republiko Nemčijo o spodbujanju in vzajemni zaščiti investiciji mi je v čast sporočiti naslednje:

Vlada Republike Slovenije ne bo štela te pogodbe kot veljavne za investicije državljanov ali družb Zvezne republike Nemčije na ozemlju Republike Slovenije, ki ob uveljavitvi te pogodbe ne obstajajo več in ki so bile že dokončno urejene.

Dovolite, Ekselenca, da Vam izrazim svoje odlično spoštovanje.

Njegovi Ekselenci
Veleposlaniku
Zvezne Republike Nemčije
Gospodu dr. Güntherju Seibertu

Veleposlanik
Zvezne Republike Nemčije

Ljubljana, 28. oktober 1993

Ekscelenca,

v čast mi je, da potrdim prejem Vaše note z naslednjo vsebino:

„Ob podpisu Pogodbe med Republiko Slovenijo in Zvezno republiko Nemčijo o spodbujanju in vzajemni zaščiti investiciji mi je v čast sporočiti naslednje:

Vlada Republike Slovenije ne bo štela te pogodbe kot veljavne za investicije državljanov ali družb Zvezne republike Nemčije na ozemlju Republike Slovenije, ki ob uveljavitvi te pogodbe ne obstajajo več in ki so bile že dokončno urejene.“

Dovolite, Ekscelenca, da Vam izrazim svoje odlično spoštovanje.

Njegovi Ekselenci
Ministru za zunanje zadeve
Republike Slovenije
Gospodu Lojzetu Peterletu

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der mittel- und osteuropäischen Staaten durch eine Reihe von Maßnahmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Förderung privater Kapitalanlagen in diesen Ländern. Private Kapitalanlagen sind in besonderem Maße geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu fördern und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland zu verstärken. Investitionen der privaten Wirtschaft vermitteln neben Risikokapital vor allem auch technisches Wissen und unternehmerische Erfahrung.

Ein Mittel zur Förderung von Direktinvestitionen ist der Abschluß von Investitionsförderungsverträgen. Diese Verträge dienen der Förderung und dem Schutz privater Kapitalanlagen, indem sie bestimmte Rahmenbedingungen in völkerrechtlich verbindlicher Form festlegen.

Ein Vertrag ist ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag besteht.

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien entspricht im wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage zahlreicher entsprechender Verträge mit anderen mittel- und osteuropäischen Staaten ist.

II. Zu den Vertragsbestimmungen

Der Vertrag besteht aus 13 Artikeln; ihm sind ein Protokoll und ein Notenwechsel beigelegt.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlage“, „Erträge“, „Staatsangehörige“ und „Gesellschaften“. Nach Protokollnummer 1 Buchstabe a genießen Erträge den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungsklausel und das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen von Investoren der anderen Seite nicht zu diskriminieren. Gemäß Protokollnummer 2 Buchstabe a genießen die nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Landes vorgenommenen Kapitalanlagen den vollen Schutz des Vertrags.

Zu Artikel 3

Hier ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt. In der Protokollnummer 3 Buchstabe a werden einige Beispiele einer nach dem Vertrag unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt. Protokollnummer 3 Buchstabe b stellt klar, daß die Gewährung bestimmter steuerlicher Vergünstigungen an Gebiets-

ansässige nicht im Widerspruch zum Gebot der Inländerbehandlung steht. Protokollnummer 3 Buchstabe c enthält eine Wohlwollensklausel hinsichtlich Einreise, Aufenthalt und Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung behandelt den Enteignungsschutz sowie die Entschädigungspflicht und den ordentlichen Rechtsweg bei Enteignungsmaßnahmen. Eine Enteignung oder Verstaatlichung ist nur zum allgemeinen Wohl und gegen wertentsprechende Entschädigung zulässig. Der Investor hat Anspruch auf unverzügliche Zahlung der Entschädigung und bei Zahlungsverzug Anspruch auf bankübliche Verzinsung. Die Entschädigungspflicht erstreckt sich nicht nur auf unmittelbare Eingriffe in die Kapitalanlage als solche, sondern gemäß Protokollnummer 4 auch auf staatliche Eingriffe in das Unternehmen, an dem der Investor beteiligt ist, wenn dadurch die wirtschaftliche Substanz des Unternehmens erheblich beeinträchtigt wird. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge Krieg, Staatsnotstand oder sonstiger Ausnahmesituationen wird Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung zugesichert. Im übrigen gilt für die in Artikel 4 geregelten Angelegenheiten Meistbegünstigung.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält das wichtige Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation. Sie stellt sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen politische Risiken die auf sie übergegangenen Rechte und Ansprüche des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

Zu Artikel 7

Der Transfer nach Artikel 4, 5 oder 6 ist unverzüglich zu dem jeweils gültigen Wechselkurs durchzuführen. Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs entsprechen, der sich aus der Umrechnung der jeweiligen Währungen in Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds ergibt.

Gemäß Protokollnummer 5 darf die Transferfrist zwei Monate nicht übersteigen.

Zu Artikel 8

Günstigere Regelung für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes oder aufgrund einer völkerrechtlichen Verpflichtung, gehen vor (sog. Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragsparteien zu, daß sie dem Investor gegenüber übernommene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 9

Der Vertrag gilt auch für Altinvestitionen, die vor seinem Inkrafttreten in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei vorgenommen worden sind.

Zu Artikel 10

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat vor.

Zu Artikel 12

Der Vertrag enthält die übliche Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen Beziehungen bestehen sollten.

Zu Artikel 13

Der Vertrag steht unter dem Vorbehalt der Ratifikation. Nach dem Inkrafttreten gilt der Vertrag zunächst für zehn Jahre und wird sodann – mit zwölfmonatiger Kündigungs-

frist – auf unbestimmte Zeit verlängert. Im Falle einer Kündigung bleiben die bis zum Außerkrafttreten des Vertrags vorgenommenen Kapitalanlagen noch weitere fünfzehn Jahre lang geschützt.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen, die Bestandteil des Vertrags sind. Abgesehen von den im Zusammenhang mit den jeweiligen Artikeln erwähnten Bestimmungen enthält das Protokoll in Nummer 6 ein Diskriminierungsverbot bei Beförderung von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Nach Protokollnummer 7 tritt mit Inkrafttreten des deutsch-slowenischen Investitionsförderungsvertrags der Vertrag vom 10. Juli 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien im Verhältnis zur Republik Slowenien außer Kraft.

Zum Notenwechsel

Mit dem Notenwechsel vom 28. Oktober 1993 erklärt die Republik Slowenien, daß sie den Vertrag nicht auf solche Altinvestitionen anwenden wird, die bei Inkrafttreten des Vertrags nicht mehr bestehen und über deren Abwicklung bereits eine endgültige Lösung gefunden wurde.

25.04.97

Stellungnahme

des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 28. Oktober 1993
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Der Bundesrat hat in seiner 711. Sitzung am 25. April 1997 gemäß Artikel 76
Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine
Einwendungen zu erheben.